

**Zeitschrift:** Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 80 (2002)  
**Heft:** 1

**Artikel:** SP-Wirtschaftspolitik : konzeptlos?  
**Autor:** Jaun, Dorothee  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-341664>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 14.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# SP-Wirtschaftspolitik – konzeptlos?

Es sei unter Sozialdemokraten und in einigen Gewerkschaften Mode geworden – so schreibt Werner Vontobel in seinem Artikel «Ökonomie und Vertrauen in die Zukunft» –, sich als die «besseren Unternehmer» darzustellen. In entscheidenden Fragen der Wirtschaftspolitik sei die Linke jedoch nicht präsent.

---

**Dorothee Jaun**

---

Wahrscheinlich hat er Recht – jedenfalls gibt es in unseren Kreisen kein sozusagen allgemein gültiges Rezept mehr für wirtschaftspolitische Fragen. Diese Tatsache hat verschiedenste Gründe. Einer ist emotional, deshalb aber nicht weniger wichtig: Wir Sozialdemokraten wollen auf keinen Fall unmodern sein, als rückständig gelten. Unser Selbstverständnis war immer das einer fortschrittlichen Partei, die neue Ideen bringt und zu verwirklichen sucht. Im vergangenen Jahrzehnt der Rezession galten – nicht zuletzt bei den Medien – mehr Markt, mehr Wettbewerb, mehr Privatisierungen als neu und zukunftsgerichtet. Wenn wir diese Entwicklungen kritisch beurteilten, sahen wir uns oft wider Willen in eine Rolle gedrängt, die als rückständig apostrophiert wurde, in die Rolle einer Partei, die sich gegen den Fortschritt sträubt und nur Altbewährtes verteidigt. Diese Rolle gefällt uns nicht, und deshalb versuchen wir oft verzweifelt, unsere Position mit einem differenzierten «Ja – Aber» zu vertreten, ohne offensiv eine eigene Haltung zu formulieren. Ich glaube, wir müssen wieder

zu klaren wirtschaftspolitischen Haltungen finden, was aber ohne theoretische Grundlagen nicht möglich ist.

Damit komme ich auch schon zum zweiten Grund: Ich meine, dass die alternativen Konzepte in der schweizerischen ökonomischen Wissenschaft weitgehend fehlen. Ich habe den Eindruck, als entwickle sich die Ökonomie je länger desto mehr zu einer Glaubenslehre, in der nicht toleriert wird, dass neue Ansätze verfolgt und neue Konzepte entwickelt werden. Möglicherweise liegt es aber auch daran, dass die Leute, die kritische Positionen vertreten, in den Kreisen der arrivierten Ökonomen schlicht nicht vorhanden sind. Wie soll die Linke ein sozialdemokratisches, wirtschaftspolitisches Konzept entwickeln, wenn die Wissenschaft keine Ansätze dafür liefert und wenn die ökonomischen Fakultäten sozusagen im Chor das Gegenteil verkünden. Politikerinnen und Politiker sind in fast allen Fragen auf ExpertInnen angewiesen. Und diese sind hierzulande für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik sehr selten. Der Mangel an wirtschaftspolitischer Präsenz der Linken ist deshalb zu einem beträchtlichen Teil auch Mangel an entsprechenden theoretischen Arbeiten. Schön wäre es, wir könnten uns einen richtigen wirtschaftspolitischen «Think-Tank» leisten.

Zwar hat sich im Laufe des letzten Jahres einiges verändert: Der undifferenzierte Glaube daran, dass der Markt alles rich-

ten kann, ist im Wanken; Eingriffe des Staates sind nicht mehr tabu (obwohl diese Eingriffe von den Ökonomen fast ausnahmslos getadelt werden). Nicht nur das Swissair-Debakel machte dem Volk deutlich, dass die Privaten nicht alles besser regeln als der Staat. Auch ausländische Beispiele zeigen, dass die Privatwirtschaft wichtige Probleme nicht lösen kann oder nicht will: die katastrophalen Zustände bei den privatisierten englischen Bahnen, die Stromengpässe bei der privatisierten kalifornischen Elektrizitätsversorgung mit damit verbundenen astronomischen Preissteigerungen für die Strombezüglerinnen und -bezügler.

Es ist zudem ziemlich klar geworden, dass es den Privatisierungsideologen gar nicht eigentlich um den Markt geht, d. h. um wirklichen Wettbewerb, sondern nur um weitere Freiräume für private Gewinne. Denn Ziel eines jeden Teilnehmers am wirtschaftlichen Wettbewerb ist nicht der Markt, sondern dessen Ausschaltung. Nur wenn ein Unternehmen wenig oder keine Konkurrenz hat, lassen sich durch Monopolpreise bzw. durch Preisabsprachen hohe Gewinne erzielen. Und was immer wieder vergessen oder verschwiegen wird: Wettbewerb ist kein Naturgesetz, sondern muss vom Staat immer wieder durch Kontroll- und Zwangsmassnahmen durchgesetzt werden (man denke an die Auflagen der Wettbewerbskommission bei Bankenfusionen, an die Zwangsaufspaltung von Unternehmen wie Microsoft usw.). Zweck der Privatisierung von Stromversorgungen, Wasserversorgungen, Telefon, Post usw. ist nicht etwa eine Verbesserung der Situation für die Kunden, sondern gesucht ist lediglich ein weiteres Spielfeld für (gewinnträchtige) Investitionen.

Geködert wird die Bevölkerung mit billigeren Preisen und effizienteren Dienstleistungen. Das Ergebnis der Umfrage nach der gescheiterten EKZ-Privatisierung im

Kanton Zürich hat jedoch gezeigt, dass die Bevölkerung nicht nur billigen Strom will – sondern dass ihr die Sicherheit der Stromversorgung ebenso wichtig, wenn nicht gar wichtiger ist. Gleichzeitig will ein Grossteil der Zürcher Bevölkerung den Strom gar nicht selbst einkaufen, sondern ist mit dem jetzigen System absolut zufrieden<sup>1</sup>. Offenbar gibt es bei vielen Gütern des alltäglichen Lebens einen Zusatznutzen, für den eine Mehrheit der Menschen bereit ist, auf mögliche pekuniäre Vorteile zu verzichten. Ich bin deshalb überzeugt, dass weitere Privatisierungen für uns kein Thema sein können. Gleichzeitig muss sich die SP-Wirtschaftspolitik klar und deutlich dafür einsetzen, dass dort, wo der Wettbewerb herrscht, dieser – im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten – vom Staat auch durchgesetzt wird (z. B. kein Verbot für Parallelimporte, Verschärfung der Kartellgesetzgebung usw.).

Vontobel bringt einen neuen, interessanten Aspekt in die wirtschaftspolitische Diskussion ein: die Frage nach der richtigen Nachfragesteuerung. Ob konsumiert werde, sei in einer satten Gesellschaft nicht eine Frage der Kaufkraft, sondern des Vertrauens in die Zukunft. Ein Land könne sich – so die Schlussfolgerung – ziemlich viel an sozialer Abfederung leisten, auch dann, wenn diese Massnahmen die Effizienz der gesamtwirtschaftlichen Produktion vermindern. Um ein Überangebot an Arbeitskräften und damit Arbeitslosigkeit zu verhindern, gelte es zudem, die Nachfrage nach Freizeit zu fördern, wozu allerdings ein Mindestmass an sozialer Sicherheit (Sozialstaat) notwendig sei.

Diese These ist meines Erachtens ziemlich gewagt. Jedenfalls trifft sie nur für einen Teil, vermutlich etwa die Hälfte der

<sup>1</sup> Voraussetzungen und Bedenken der Stimmberechtigten ernst nehmen. Nachanalyse der Volksentscheidung «Rechtsformänderung EKZ», GfS-Forschungsinstitut, Bern/Zürich, August 2001.

**Es ist klar geworden, dass es den Privatisierungs-ideologen nicht um den Markt oder um den Wettbewerb geht, sondern nur um weitere Freiräume für private Gewinne.**

**Eine SP-  
Nachfragepolitik  
muss der  
Einkommens-  
und Vermögens-  
verteilung nach  
wie vor grosse  
Beachtung  
schenken.**

Schweizer Bevölkerung zu. Aus den Steuerstatistiken (z. B. Kanton Zürich) wissen wir, dass 40% der Steuerpflichtigen ein Reineinkommen unter Fr. 40 000.– pro Jahr haben und 50% ein solches von unter Fr. 50 000.–. Die Hälfte der Bevölkerung besitzt kein oder fast kein Vermögen. Der Konsum dieser Bevölkerungskreise hängt mit Sicherheit nicht vor allem vom Vertrauen in die Zukunft ab, sondern schlicht und einfach davon, ob Geld vorhanden ist oder nicht. Und ich glaube, auch das Wohlbefinden dieser Leute hängt nicht unbeträchtlich davon ab, ob sie mehr oder weniger Geld verdienen. Geld bekommt dann grosse Bedeutung, wenn man auf Dinge verzichten muss, die einem wichtig sind. Die meisten Menschen sind glücklicher, wenn sie sich einmal im Jahr Ferien leisten können. Jedenfalls glücklicher, als wenn sie nie verreisen können. Für diese Menschen ist auch die Frage 10% mehr Freizeit gegen 10% weniger Lohn nicht aktuell, weil sie sich diesen Tausch gar nicht leisten können.

Ich glaube deshalb, dass eine sozialdemokratische Nachfragepolitik der Frage der Einkommens- und Vermögensverteilung nach wie vor besondere Beachtung schenken muss. Denn diejenige Hälfte der Bevölkerung, die kein Vermögen hat und deren Einkommen gerade für die lebenswichtigsten Dinge reicht, würde mit Sicherheit mehr konsumieren, wenn sie nur könnte; ihr Konsumpotenzial wäre enorm.

Insofern ist die These, dass der Ausbau des Sozialstaates (soziale Sicherheit) im Gesamtinteresse liegt, zu ergänzen durch die These, dass auch eine ausgeglichene Verteilung der Einkommen und Vermögen im Interesse der Gesamtheit liegt.

Ein wichtiger wirtschaftspolitischer Ansatz für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik scheint mir zudem die von Vontobel angeschnittene Frage der Zu-

friedenheit der Menschen zu sein. Bürgerliche Wirtschaftspolitik geht im Wesentlichen davon aus, dass der Mensch sein Verhalten lediglich nach dem geldmässigen Erfolg richtet und dass allein mit diesem Rezept alle Probleme gelöst werden können. Eigentlich wissen wir alle, dass dies nicht so ist, nur findet diese Einsicht in unserer Wirtschaftspolitik wenig Beachtung bzw. wir ziehen daraus keine Konsequenzen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist die von Vontobel zitierte Studie von Andrew Oswald: Offenbar beeinträchtigt Arbeitslosigkeit das Wohlbefinden auch der nicht betroffenen Bevölkerungskreise so erheblich, dass sie relativ grosse Einbussen (Einkommensreduktion des Pro-Kopf-Einkommens um 3%!) auf sich nehmen würden, um nur das Gefühl der Unsicherheit des Arbeitsplatzes nicht haben zu müssen. Es ist deshalb nicht nur aus menschlichen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen sinnvoll, staatliche Investitionen zu tätigen, um Arbeitslosigkeit zu verhindern bzw. zu vermindern, da damit längerfristig Vertrauen der Konsumenten und Stabilität geschaffen wird. Es wäre interessant, solche Vergleiche auch in anderen Lebensbereichen anzustellen und zu quantifizieren. Ich bin überzeugt, dass zahlreiche weitere Lebensaspekte für das Wohlbefinden der Bevölkerung von grosser Bedeutung sind und dass sie dafür bereit wäre, einiges zu leisten bzw. auf einiges zu verzichten: Sicherheit im öffentlichen Raum, gute Schulen und zufriedene Kinder, Garantie einer umfassenden ärztlichen Behandlung, pünktliche und rasche öffentliche Verkehrsmittel für den Arbeitsweg usw. Ich verstehe deshalb nicht ganz, warum wir SozialdemokratInnen diese Aspekte in der ganzen Diskussion um Steuersenkungen, Steuerwettbewerb und Senkung der Gesundheitskosten nicht offensiver kommunizieren: Wir alle wollen gute Leistungen der öffentlichen Hand, wir alle sind aber auch bereit,

dafür etwas zu bezahlen. Interessanterweise hört nämlich das grosse Geschrei um weniger Steuern dann auf, wenn es um die Kürzung konkreter Leistungen geht: die Diskussion im Kanton Zürich um grössere Schulklassen hat es deutlich gemacht; sogar die SVP hat protestiert. Zudem kann der Staat die notwendigen Grossinvestitionen nur tätigen, wenn er nicht ausgehungert wird. Dazu gehören meines Erachtens nicht nur grosse Infrastrukturbauten, welche der heutige, risikoscheue Kapitalmarkt nicht finanzieren will. Dazu gehören vor allem auch Investitionen in Bildung und Forschung, welche für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz zunehmend an Bedeutung gewinnen werden.

Die Zufriedenheit der Menschen ist in einem weiteren Bereich von ganz wesentlicher Bedeutung: bei der Produktivität der Menschen im Arbeitsprozess. So führen z. B. flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitszeitverkürzungen nachweislich zu grösserer Arbeitszufriedenheit und zu Produktivitätssteigerungen. In diesem Zusammenhang muss die SP meines Erachtens auch die «alte» Mitbestimmungsdiskussion wieder aufnehmen, denn mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz zählen ohne Zweifel ebenfalls zu den Faktoren, welche zu grösserer Arbeitszufriedenheit und damit zu Produktivitätssteigerungen führen. Diese Gedanken sind in einer Zeit, wo arbeitende Menschen in den Unternehmensrechnungen nur als «Kostenfaktoren» er-

scheinen und behandelt werden, besonders wichtig.

Zusammengefasst müsste eine SP-Wirtschaftspolitik in folgenden Bereichen vermehrt Schwerpunkte setzen und entsprechende wissenschaftliche Untersuchungen fördern: Die Privatisierungsdiskussionen müssen begleitet werden von der klaren Forderung nach staatlicher Durchsetzung des Wettbewerbs in allen jenen Bereichen, wo wir diesen bejahen. Die Steuersenkungsdiskussionen und die Diskussionen um Senkung der Gesundheitskosten müssten ergänzt werden durch Untersuchungen und Aussagen darüber, welchen Preis die Menschen für bestimmte Zusatznutzen wie Sicherheit, garantierte umfassende ärztliche Behandlung usw. zu bezahlen bereit sind. Die SP muss die Bedeutung des Sozialstaates und die Bedeutung der Einkommens- und Vermögensverteilung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes aufzeigen. Und schliesslich hat die SP der Frage der Arbeitszufriedenheit der Menschen als Faktor für die Produktivität der Unternehmen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Dorothee Jaun, lic. iur., selbst. Rechtsanwältin, NDS Umweltlehre Uni Zürich, SP-Kantonsrätin Kt. Zürich (Fraktionspräsidentin), Bauvorsteherin Gemeinde Fällanden (Exekutive), verheiratet, zwei erwachsene Söhne.



